

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. April 1998

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	8, 18	Lennartz, Klaus (SPD)	27, 28
Erler, Gernot (SPD)	13, 14	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	15, 17
Göllner, Uwe (SPD)	11, 12	Mehl, Ulrike (SPD)	25, 26
Höfer, Gerd (SPD)	9, 10	Schmidt, Wilhelm (Salzgitter) (SPD)	21, 22
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	29	Wallow, Hans (SPD)	5, 16
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	6, 7	Wohlleben, Verena (SPD)	1, 2
Krziskewitz, Reiner (CDU/CSU)	23, 24	Wolf, Hanna (München) (SPD)	19, 20
Kubatschka, Horst (SPD)	3, 4		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordnete
Verena Wohleben
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob von dem Personenkreis der nach 1978 Geborenen die angebotene Einzel- und Gruppenprophylaxe vermehrt genutzt wird und somit die von der Bundesregierung angestrebte verbesserte Zahngesundheit erreicht werden kann?

2. Abgeordnete
Verena Wohleben
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, den gesetzlichen Krankenkassen einzuräumen, für die nach 1978 Geborenen Zusatzversicherungen für Zahnersatz anzubieten und damit den jetzt bevorzugten Anbietern auf diesem Leistungsgebiet gleichgestellt zu werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

3. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD) Welche Fahrrinntiefe ist für den „Naturversuch“ zum Donauausbau im Bereich der Ortschaft Mühlham (Donaukilometer 2271 bis 2272) geplant, und nach welchen Kriterien wurde diese Tiefe festgelegt?

4. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD) Welche flußbaulichen Maßnahmen sollen in den „Naturversuch“ zum Donauausbau einbezogen werden, und welche konkreten Ergebnisse verspricht man sich von den einzelnen flußbaulichen Maßnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD) Warum hat der Bundeskanzler dem bekannten Plan des Bundesministers der Verteidigung, die Leitung seines Ministeriums entgegen der gültigen Vereinbarungen (sowohl im Berlin/Bonn-Gesetz wie im Kabinettsbeschuß vom 3. Juni

1992) dauerhaft an den zweiten Dienstsitz in Berlin zu verlegen, bislang nicht widersprochen, und hat der Bundeskanzler die Absicht, die vereinbarte Dienstsitzgestaltung von Bundesministerien im Zusammenhang mit der Verlagerung von Teilen der Bundesregierung nach Berlin durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

6. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die von dem Richter am Bundesgerichtshof, Falk Freiherr von Maltzahn, in seinem Leserbrief in der Süddeutschen Zeitung vom 20. März 1998 getätigten Äußerungen unter dem Titel „Mit parteiübergreifendem Konsens Grundrechte der Enteigneten ausgehebelt“ mit dem deutschen Richtergesetz und insbesondere dessen § 39 für vereinbar?
7. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesrichter Falk Freiherr von Maltzahn als Richter am Bundesgerichtshof an Verfahren beteiligt, die Eigentums- und Vermögensfragen in der ehemaligen SBZ/DDR betreffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

8. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Wird sich die Bundesregierung an dem österreichisch-russischen Forschungsabkommen zur Aufklärung des Schicksals verschollener Kriegsgefangener (vgl. FAZ vom 3. April 1998) beteiligen, um anhand der jetzt erstmals zugänglichen einschlägigen russischen Akten das Verbleiben von etwa 200 000 verschollenen deutschen Wehrmachtssoldaten zu klären, und wenn ja, welchen finanziellen bzw. personellen Umfang wird die Unterstützung haben?
9. Abgeordneter
**Gerd
Höfer**
(SPD)
- Ist es richtig, daß sich die Bundeswehr entgegen der öffentlichen Beteuerungen des Bundesministers der Verteidigung den Einsatz während des Oderhochwassers hat bezahlen lassen?

10. Abgeordneter
Gerd Höfer
(SPD)
- Wie hoch waren die Kosten für den Einsatz an der Oder?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordneter
Uwe Göllner
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, aus dem Fall der Schließung des Goethe-Institutes in Island die Konsequenzen zu ziehen, daß Mittelkürzungen grundsätzlich nicht mehr im laufenden Haushaltsplanverfahren vorgenommen werden, weil die Umsetzung der Kürzungen, wie z. B. im Fall Reykjavik, in aller Regel nur durch Schließungen innerhalb der geforderten Jahresfrist zu realisieren sind, und wäre die Bundesregierung gleichzeitig bereit zuzusichern, daß alle Fragen hinsichtlich des Bestandes des Institutsnetzes einer zumindest mittelfristigen Planung unterliegen?
12. Abgeordneter
Uwe Göllner
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, möglichst kurzfristig einen Gutachterausschuß einzusetzen, der insbesondere eine Bestandsaufnahme der Aktivitäten und Zuständigkeiten der mit Auswärtiger Kulturpolitik befaßten Ministerien und Mittler vornimmt, und sieht die Bundesregierung konkrete Möglichkeiten, die heute umfangreichen Verwaltungskordinierungsverfahren in diesem Bereich zu straffen?
13. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Auswirkungen würde das vorgesehene Referendum zu Kosovo auf die internationalen Bemühungen zur Lösung des Kosovo-Problems haben?
14. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Wie haben die Bundesregierung und die Kontaktgruppe auf den serbischen Beschluß zur Durchführung des Kosovo-Referendums politisch reagiert?
15. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welchen Inhalts und an welche Verfassungsorgane der Russischen Föderation gerichtet waren die Protestnoten der Bundesregierung als Reaktion auf das Bundesgesetz, welches völkerrechtswidrig, kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter zu russischem Eigentum erklärt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

16. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Welche Risiken für die Umwelt sind nach Einschätzung der Bundesregierung mit der (für den Fall eines Scheiterns der Verwertungsbemühungen geplanten) bautechnischen Schließung des sog. „Regierungsbunkers“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler verbunden, und warum ist bei den bevorstehenden Entsorgungsmaßnahmen unter umweltrechtlichen Gesichtspunkten sowie zur Gefahrenabwehr keine Beteiligung der zuständigen Landesfachbehörden vorgesehen?
17. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung die bisherigen Anwalts- und sonstigen Kosten zur Klärung der Eigentumsfrage eines Gothaer Gemäldes, mit der sich der High Court in London ab dem 8. Juni dieses Jahres befassen wird, und gedenkt die Bundesregierung in Zukunft alle durch Briefkastenfirmen den internationalen Auktionshäusern angebotenen Einzelstücke und Kunstgegenstände aus dem Bestand der kriegsbedingt verlagerten Kulturgüter auf diese Weise „zurückzukaufen“?
18. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Erkenntnisse des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, daß Asylanten immer öfter in ihr Heimatland reisen und sich dort für Wochen und Monate aufhalten, und welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen diesen Mißbrauch des deutschen Asylrechts zu ergreifen?
19. Abgeordnete
Hanna Wolf
(München)
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der in der Süddeutschen Zeitung vom 1. April 1998 geäußerten Ansicht, es stelle keine außergewöhnliche Härte im Sinne den neuen § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Ausländergesetzes (AuslG) dar, wenn eine von ihrem Ehemann regelmäßig massiv geschlagene Ehefrau mit kleinen Kindern aus Deutschland ausgewiesen wird, nachdem sie sich von dem Ehemann hat scheiden lassen?
20. Abgeordnete
Hanna Wolf
(München)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß „nur bei Verlust eines wichtigen Gliedes, bei Verfallen in Siechtum, Lähmung oder Geisteskrankheit oder auch bei dauernder Entstellung“, also nur bei einer schweren Körperverletzung, ein so hinreichend schwerer Eingriff in die Integrität eines Menschen vorliege, und sieht sie hier ggf. gesetzgeberischen Handlungsbedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

21. Abgeordneter
Wilhelm Schmidt
(Salzgitter)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Verkauf der ehemaligen bundeseigenen Salzgitter AG im Jahr 1989 an die Preussag AG, wobei auch der Immobilienbesitz mitverkauft worden ist, und dem 1998 durchgeführten Verkauf der Preussag Stahl AG durch die Preussag AG eine Verletzung des damals geschlossenen Vertrages, und wenn ja, welche?
22. Abgeordneter
Wilhelm Schmidt
(Salzgitter)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung beim Verkauf der Salzgitter AG an die Preussag AG selbst gegen die Vorschriften des Grundgesetzes und der Bundeshaushaltsordnung verstoßen, indem sie ggf. den Wert des Immobilienbesitzes um ein Vielfaches zu niedrig im Verhältnis zum Versicherungs- oder Marktwert angesetzt hat?
23. Abgeordneter
Reiner Krziskewitz
(CDU/CSU)
- Welche finanziellen Mittel fließen den Kommunen in den neuen Bundesländern nach welchem Schlüssel aufgrund der Nichterhebung der Gewerbesteuer in den neuen Bundesländern im Jahre 1998 getrennt nach Bundesländern zu?
24. Abgeordneter
Reiner Krziskewitz
(CDU/CSU)
- Welches Verfahren zur Weiterleitung der den Kommunen zustehenden Umsatzsteueranteile wird gewählt, um eine möglichst frühzeitige Mittelbereitstellung für die Kommunen zu realisieren?
25. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Welche Zusagen hat Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl dem Präsidenten des Deutschen Naturschutzringes (DNR) hinsichtlich der Veräußerungen von bundeseigenen Flächen, die in Nationalparks und Naturschutzgebieten Ostdeutschlands liegen, gemacht, und wann sollen diese Zusagen umgesetzt werden (s. Frankfurter Rundschau vom 16. April 1998)?
26. Abgeordnete
Ulrike Mehl
(SPD)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung aufgrund dieser Zusage ergreifen, und ab wann sollen die Flächenverkäufe von bundeseigenen naturschutzwürdigen oder bereits unter Naturschutz stehenden Flächen vorläufig eingestellt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

27. Abgeordneter
**Klaus
Lennartz**
(SPD) Wie viele geringfügig Beschäftigte gab es nachweislich in den Jahren 1997, 1996, 1995, 1994 und 1993 in der Bundesrepublik Deutschland?
28. Abgeordneter
**Klaus
Lennartz**
(SPD) Wie und von wem wird das Ende des geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses statistisch erfaßt?
29. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Umsatzentwicklung aufgrund des geänderten Ladenschlußgesetzes vor?

Bonn, den 17. April 1998